

Annoncen
Annahme-Bureau:
In Posen
außer in der Expedition
bei Grupski (C. H. Illrici & Co.)
Breitestraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt- u. Friedestr. 4;
in Grätz bei Herrn L. Streitand;
in Frankfurt a. M.;
S. J. Hanke & Co.

Annoncen
Annahme-Bureau:
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen;
Rudolph Plasse;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg,
Wien u. Basel;
Haasenstein & Vogler;
in Berlin;
J. Petermeyer, Schloßplatz;
in Breslau: Emil Habath.

Pozener Zeitung.

Siebenundfünfziger Jahrgang.

Nr. 330.

Was Abonnenten auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt bezahlt vierjährlich für die Stadt
Posen 1 Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Sgr.
Bezahlungen nehmen alle Postanstalten des deutschen
Reiches an.

Mittwoch, 13. Mai.

(Erscheint täglich drei Mal.)

In jeder 2 Sgr die schriftgehaltene Zeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu richten und werden für die am folgenden
Tage Börsens 8 Uhr erscheinende Nummer bis 8 Uhr
Nachmittags angenommen.

1874.

Vom Landtage.

65. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (Schluß.)

Abg. Wagner (Franzburg) hat keine Sympathie für die bisherige Verwaltung der Nordbahn; wenn sie auch dem Abg. Lasker keine genügende Garantie bietet, so hat die Regierung in der Bestellung eines Kommissars ein Mittel zur Aufsicht und Leitung. Wenn die Vorlage abgelehnt wird, trifft man die Aktionäre, die doch nicht blos die vom Abg. Lasker genannten Personen sind. Wenn aber eine Priorität geschaffen wird, so fallen die 6 Millionen Stammaktien gänzlich fort. Am meisten aber werden die von der Eisenbahn berührten Landestheile getroffen werden, welche schon Jahre lang auf die Eröffnung der Bahn warten; dieser wirtschaftliche Nachtheil ist gar nicht zu berechnen. Der Abg. Lasker glaubt, es würde einen schlechten Eindruck auf das Publikum machen, wenn einer banferierten Gesellschaft von Staatswegen Unterstützung gewährt. Der Staat darf sich nicht der Verantwortlichkeit aussetzen, durch Versagung dieser Zusicherung ganze Landestheile zu schädigen.

Hiermit schließt die Generaldebatte. Persönlich bemerkt der Abg. Lasker, daß der Fürst Putbus in der Kommission allerdings nicht vertreten sei; er habe zwar den Antrag auf Bernehmung gestellt, sei aber von der Weisheit der Kommission überzeugt. Der Herr Handelsminister sei in der Kommission in seinen Bestrebungen immer seine Stütze gewesen und er rechte diese Tage selbst zu den schönsten seiner Wirklichkeit.

Der Abg. Schröder (Lippstadt) beantragt, den Gesetzentwurf an eine Kommission von 14 Mitgliedern zu verweisen; das Haus verwirft jedoch diesen Antrag und tritt sofort in die zweite Beratung des Gesetzentwurfs ein.

§ 1 lautet: "Der Berliner Nordeisenbahngesellschaft wird die Garantie des Staates für die Bezeichnung einer behufs Beschaffung der Mittel für die betriebsfähige Fertigstellung der Eisenbahn von Berlin nach Stralsund aufzunehmenden 1½-prozentigen Prioritätsanleihe bis auf Höhe von 5 000 000 Thlr. nach näherer Maßgabe des beigedruckten unter dem 10. April 1874 mit der Direktion der Gesellschaft abgeschlossenen Vertrags hiermit bewilligt."

Abg. Wagner (Franzburg) beantragt folgenden Zusatz: unter der Bewilligung, daß der Erlös der Obligationen in die Generalstaatskasse fließt und nur die in den §§ 3 und 4 des Vertrages vom 10. April 1874 vorgeschene Verwendung finden darf."

Abg. v. Wendau: Der österreichische Finanzminister erklärte in den letzten Tagen, daß er nicht bereit sei, die Verluste der Gründer irgendwie aus Staatsmitteln zu ersetzen; wohl aber würde er gern bereit sein, legitim, dem öffentlichen Wohle dienenden Unternehmungen beizutreten und er hatte dabei hauptsächlich die Eisenbahnen im Auge. Ich würde eben so eine Bewilligung nicht eintreten lassen, wenn es sich darum handelte, Gründler aus ihren Verlusten zu retten. Ich sehe in der Entstehungsgeschichte dieses Unternehmens keinen Grund eine Bewilligung nicht eintreten zu lassen; ich kann auch in diesem Falle nicht bestreiten, daß es sich um eine dem öffentlichen Wohle dienendes Unternehmen handelt, nicht um einzelne Personen, sondern um eine große Verkehrsstraße von 30 Meilen, für welche bereits viele Geldmittel verwendet sind und welche ihrer Vollendung vielleicht in diesem Jahre noch entgegensteht. Aber ich bin der Ansicht, die Bahn bekommen wir früher oder später; der Staat wird eintreten müssen. Wenn erst der Konkurs eingetreten ist, wird ein viel größeres finanzielles Opfer erforderlich sein als jetzt. Aber bei dem Abschluß des Geschäfts müssen wir sehr vorsichtig sein, denn unsere heutige Verhandlung wird, wenn das Gesetz angenommen wird, das Vorbild zu einer ganzen Reihe ähnlicher Verhandlungen sein. Es fragt sich, ob der Kontrakt so beschaffen ist, daß er den Staat in seinen Interessen sicher stellt. Da kann ich nur dem Abg. Lasker beistimmen und auf seine Ausführungen hinsichtlich der Punkte, in welchen der Kontrakt geradezu unmöglich ist, verweisen.

Der Finanzminister: Es ist für die Staatsregierung ein schwerer Entschluß gewesen mit der Vorlage vor das Haus zu treten, weil sie sich von vornherein auf mancherlei Bedenken gefaßt machen mußte. Es handelt sich aber darum, einem Landestheile eine seit drei Dekennien gewünschte Eisenbahn auf eine Art zu sichern, die dem Staaate keinen nennenswerten Nachtheil bringe, so daß die Annahme der Vorlage vom finanziellen Standpunkte wohl zu billigen ist. Das Staatsministerium ging von der Frage aus, ob die Ausgabe von 4½-prozentigen Prioritätsobligationen zu befürworten und damit die Gefahr heraufzubefürchten sei, daß Geld im guten Glauben geliefert werde, ohne daß die Zinsen zu beschaffen wären. Dieser Sachlage lag nicht etwa die Meinung zu Grunde, daß dem Unternehmen jede Rentabilität abzuprechen sei; wir glauben vielmehr, daß eine Eisenbahn, die von der Hauptstadt ausgehend, einige ansehnliche Städte berührt, nach Mecklenburg führt und die Verbindung mit der See herstellt, entschieden eine Rentabilität haben wird. Dann wurde die Frage weiter erörtert, welchen Werth der Bahnhörper jetzt habe und da wurde denn von einer Kommission Sachverständiger der Werth der Grundstücke, Gebäude und Anschaffungen auf etwas mehr als 7 Millionen Thaler geschätzt und zugleich ausgesprochen, die Bahn sei mit 5 Millionen Thaler betriebsfähig zu machen. Wenn sie dann auch nur nach Deckung der Betriebskosten 2 Prozent aufbringt, so würde der Staat bereits vollständig sicher gestellt sein. Was die Vergangenheit betrifft, so ist die für uns vergangen. (Heiterkeit) Was in derselben mehr oder weniger gefehlt ist, beschäftigt uns hier nicht, sondern nur, ob wir dem einen Landestheile mit verhältnismäßig geringen Kosten eine große Wohlthat erweisen wollen. Wenn geagt ist, wir sollten erst den Konkurs abwarten und dann die Bahn von Staatswegen übernehmen, so glaube ich, daß eine solche Operation dem Staat vielmehr kosten würde als die jetzt verlangte Summe, die sich im außergünstigsten Falle, der fast unmöglich, mindestens unwahrscheinlich ist, auf 1 Million Thaler belaufen würde. Ich will nur noch ausdrücklich konstatiren, daß die Staatsregierung einer Modifikation des Vertrages zustimmen würde, denn nicht das Wohl der Aktionäre, sondern der beteiligten Provinz liegt ihr am Herzen, welches wir nicht befriedigen, wenn wir eine gewisse Rantine gegen den Fürsten Putbus oder sonst wer üben. (Beschlußrechts.)

Abg. Lasker: Wohin soll diese Diskussion führen, wenn solche Ausdrücke wie Rantine fallen; die Wahrnehmung öffentlicher Interessen als Volksvertreter ist eine so schwierige und mühselige Arbeit, daß es keinen Nutzen für die Verhandlungen und für die freundlichen Beziehungen haben kann, solche Worte zu gebrauchen. Jedes, was mit diesem Worte bezeichnet werden kann, ist mir völlig fern. Die Bemerkung des Gesetzes an eine Kommission kann nur den Zweck haben, die Meinung des Hauses umzustimmen oder die Sache anständig zu begreifen. Eine Umstimmung der Meinung könnte nur auf einer sehr umfangreichen Untersuchung aller Verhältnisse der Nordbahn beruhen, die in den letzten 8 Tagen kaum noch zu Stande kommen würde. Wenn dem Finanzminister Aussicht auf Rentabilität vor-

handen zu sein scheint, hätte er ja eine Prioritätsanleihe bewilligen können. (Abg. Richter-Hagen: Sehr richtig!) Man mag die Sache drehen und wenden, wie man will, ich sehe allein das Interesse der Aktionäre gefährdet.

Der Finanzminister: Ich will nur den Ausdruck Rantine, der mir vorhin entglüpft ist, zurücknehmen. Ich bin vollständig einverstanden damit, daß wir gegenseitig die guten Beziehungen zu wahren haben und will durch meine Erklärung dazu beitragen. (Beifall)

Der Handelsminister: Sache der Kommission würde es doch wohl sein, eine Prüfung der ganzen Verhältnisse der Nordbahn anzustellen, sondern nur die unzureichenden Garantien des Kontrakts zu ergänzen; eine solche Aufgabe könnte in einem Tage erledigt sein. Wenn der Abg. Lasker sagt, wir hätten eine Prioritätsanleihe bewilligen sollen, wenn die Bahn rentabel sei, so muß ich erwidern, daß die Minister wahrscheinlich Verschiedenes zu hören bekommen würden, wenn wir die Prioritätsanleihe bewilligt hätten, wie in den ersten Jahren kaum eine Aussicht auf Verjüngung vorhanden ist. Das war für die Staatsregierung eine moralische und positive Unmöglichkeit, geradezu eine Sünde. Wenn gesagt ist, wir wollen den Ruin abwarten, so erinnere ich nur an die pommersche Zentralbahn, welche wirklich durch den Konkurs in Ruinen verfallen ist; die Gebäude sind zerfallen, die Begütergänge sind gesperrt u. dgl. m.; solche Zustände würden auch bei dieser Bahn eintreten. Warten wir also nicht auf den zukünftigen Ruin, sondern suchen wir das Gegenwärtige zu erhalten. (Beifall rechts.)

Hierauf wird die Diskussion geschlossen. Mehrere Anträge auf Bevorzugung an eine Kommission werden abgelehnt; ebenso das Amendingement des Abg. Wagner (Franzburg). Schließlich wird in namentlicher Abstimmung der § 1 und damit das ganze Gesetz mit 257 gegen 81 Stimmen verworfen; für dasselbe stimmen: Achenbach, von Arnim, von Behr-Behrenhoff, Bernhardt, Graf Belhuy-Huc, von Bischoffsheim, von Bismarck (Fiatow), von Bismarck (Neugord), von Bonin, Borowski, von der Breite, Brief, Bischoff (Gr. Strehlitz), von Cossawitz, Delbrück, von Diederichs, Domé, von Denzin, Frhr. von Eckardstein, Graf Eulenburg, Dr. Fall, Dr. Friedenthal, Gajewski, von Gaudecker, von Goldfuß, Gorini, Haler, Brinz Handjery, Hanke, v. Heermann, Helf, Graf Henckel, Hildebrand, Hobrecht, Prinz zu Hohenlohe, Hund von Raisten, Jack, Kiepert, von der Kneipek, Kochan, von Köller, Graf Königsdorff, Krahl, Krech, Kuhmein, Lefeldt, von Leipzig, Graf Limburg-Stirum, Lindendorf, Mainz, Marquardt, Max, Mayer (Marburg), v. Mansfeld, Mantuffel, Nestle, Nöldechen, v. Oden, Persius, Graf Praschma, v. D. Reck, v. Ron, Ruppell, v. Salder, Dr. Schacht, Scharnweber, Scheider, Schellwitz, Graf Schmettau (Bückum), Schneider, v. Schorlemmer, Schröder (Königsberg), Schröder (Lippstadt), Stelzer, Steinel, Strelitzer, v. Studnitz, v. Tempelhoff, Thilo, Tiedemann, Wagner (Stralsund), v. Wedell-Malchow, Wendorff, Werner, Windhorst (Meppen), Graf Winzingeroode.

Sabtu 4 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Eine ganze Reihe kleinerer Gesetzentwürfe und Petitionen.)

20. Sitzung des Herrenhauses.

Berlin, 12. Mai, 11 Uhr. Am Ministertisch Leonhardt, Falk, Eulenburg und Kommissare. Zu Ehren des verstorbenen v. Gordon erhebt sich das Haus von seinen Söhnen. Erster Bericht der Justizkommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Verhältnisse der Mennoniten.

Referent v. Kleist-Meßow entwickelt die Prinzipien der Vorlage, es gelte den Mennoniten Korporationsrechte zu verschaffen und sie von evangelischen und katholischen Kirchenabgaben zu befreien. Die Militärverhältnisse seien durch Gesetz von 1867 und Kabinettordre von 1868 geregelt. Ihre Eidesverweigerung sei von keiner Bedeutung, da ihr Wort genüge; ihre Ansichten über die Annahme obrigkeitlicher Amtser tollidirr zwar mit den Grundsätzen der Kreisordnung, dieselbe gebe aber einen Ausweg in der höheren Besteuerung.

Nachdem Kultusminister Falk die Übereinstimmung der Regierung mit den Beschlüssen der Kommission konstatiert hat, werden dieselben nebst einer Resolution angenommen, in welcher die Abwendung der durch dieses Gesetz den Pfarrstellen erwachsenden Schäden aus Staatsmitteln verlangt wird.

II. Bericht der Justizkommission über den Gesetzentwurf, betr. die Ausführung des Vorbehalt besieglich der Grafschaften Wernigerode und Stolberg in § 181 der Kreisordnung vom 13. Decr. 1872. (Präsident Graf Stolberg tritt das Präsidium an den Vizepräsidenten v. Bernuth bis zur Erledigung dieses Gegenstandes ab.)

Minister des Innern Graf Eulenburg erklärt die Erledigung dieser Angelegenheit für dringend nothwendig; wenn die Grafen Stolberg auch manche Rechte aufzugeben und manche Verpflichtung neu übernommen hätten, so bleibe ihre Stellung als Großgrundbesitzer doch genügend gewahrt.

Die Anträge der Kommission, welche größtentheils die vom Abgeordnetenhaus sehr verkleinerte Regierungsvorlage wiederherstellen, werden mit folgenden Modifikationen angenommen: im § 3 wird die Präsenzierung des Landrates dem standesherrlichen Bestiger der Grafschaft Wernigerode, die Ernennung dem Könige zuertheilt (statt Ernennung resp. Bestätigung); § 6, welcher die Präzipualbeiträge der Grafen zu den Verwaltungskosten feststellt, wird gestrichen.

III. Bericht der Geschäftsordnungskommission über die Dauer des Mandats der Mitglieder des Herrenhauses für die statistische Zentralkommission.

Dieselbe wird nach Begründung des Referenten v. Bernuth bis zur Ausscheidung des Mitgliedes aus dem Herrenhause oder bis zur Mandatsniederlegung festgestellt.

Schluß der Sitzung 4 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr.

Tagesordnung: Erste Beratung der Kirchengesetze.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 12. Mai.

— Die dem Bundesrat jüngst vorgelegte und von demselben gutgeheizte Geschäftsanweisung für die Verwaltung des Reichs-Zivilisationsfonds umfaßt 17 Paragraphen und ihre wesentlichen Bestimmungen sollen nach dem letzten Paragraphen auch auf die Verwaltung des Reichsfestungsbaufonds und auf die Verwaltung des Fonds zur Errichtung des Reichstagsgebäudes, vorbehaltlich der dieselben betreffenden besonderen Bestimmungen, entsprechende Anwendung finden. Von besonderem Interesse sind folgende Bestimmungen der Geschäftsanweisung:

s 11. Die Verfügung über die durch den Reichshaushaltsgesetz für die Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds bewilligten Ausgaben steht nach Maßgabe des Spezialerlasses dem Vorsitzenden zu. Etatsüberreichtungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Reichskanzlers. Die Kassenführung und Rechnungslegung über diese Ausgaben erfolgt durch die Reichskanzlei. Derselbe wird alljährlich über den Verwaltungsfestfonds ein auf Grund des Reichshaushaltsgesetzes und seiner Unterlagen aufgestellter, vom Kaiser vollzogener Spezial-Gesetz für die Buchführung und Rechnungslegung zugesetzt. Der Schluss der Jahresrechnung über die Verwaltungskosten erfolgt am letzten Februar des auf das Rechnungsjahr folgenden Jahres. Die aus dem Ausgabenfonds jedes Jahres zu bestreitenden Zahlungen müssen vor dem Rechnungsschlusse angewiesen sein. Nur zur Besteitung bereits angewiesener Ausgaben ist die Reservierung des Restfonds zulässig.

s 13. Jährlich unmittelbar vor dem Beginne des Etatsjahres legt die Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds dem Reichskanzler einen Plan über die Bereitstellung der Geldmittel zu den aus dem Reichs-Invalidenfonds nach Maßgabe des Reichshaushaltsgesetzes zu bestreitenden Ausgaben zur Genehmigung vor, in welchem 1) die zu erwartenden Einnahmen, 2) die aus der regelmäßigen Amortisation zu erwartenden Einnahmen, 3) der Betrag der durch Realisation von Schuldenverreibungen flüssig zu machenden Geldmittel, eben der Betrag, der in Folge über Bedarf stattfindenden Kapitalrückflüsse zur zinsbaren Anlegung zu bringenden Fonds nachgewiesen werden. Sofern im Laufe des Jahres Kapitalbeträge über das planmäßig vorgesehene Maß hinaus flüssig werden, oder planmäßig in Aussicht genommene Eingänge ausbleiben, wird dem Reichskanzler thunlichzeitig Anzeige gemacht.

s 14. Wegen der zu veräußernden oder zu erwerbenden Schuldverschreibungen und der Zeit, zu welcher die ersten zur Realisation zu bringen sind, erläßt der Reichskanzler die erforderlichen Weisungen.

In Betreff der Verbesserung der Lage der Unteroffiziere der Armee und Marine ist vor Kurzem angeordnet worden, daß bei allen Kasernen-Neubauten und bei älteren Kasernen, wo es die lokalen Verhältnisse gestatten, für verheirathete Unteroffiziere mindestens auf die Compagnie 3 Wohnungen hergestellt werden. Die Zahl der besondern kleinen Stuben für Bizefzwebel und Capitain'sarmes ist ebenfalls auf 3 für jede Compagnie normirt. Außerdem soll in jeder Compagnie für 3 bis 4 ältere Unteroffiziere eine besondere Stube, so wie für die Korporalschafts-Unteroffiziere besondere Schlaf- und Aufenthaltsstellen, getrennt von denen der Mannschaften, und eine eigene Unteroffiziers-Menage bestehen.

× Aus Westpreußen, 12. Mai. In vergangener Woche feierte der Mittertäufesfest und Landschaftstag v. Jackow 81 auf Groß-Jablau bei Pr.-Stargard, einer der eifrigsten Söhne des Vaterlandes und der Kirche, wie polnische Blätter herbeieilen, sein fünfzigjähriges Bürgerjubiläum. Zahlreiche Delegierte aus den Provinzen Posen und Westpreußen brachten dem Jubilar ihre Glückwünsche dar, auch die polnische Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses hatte ihm eine Gratulationsadresse überwandt. Bei dem Festmahl, welchem ungefähr 200 Personen bewohnten, erzielten sowohl der Geehrte, wie eine Anzahl der Gäste in polnischer Nationaltracht. Als lebendes Bild wurden aufgeführt: die "Theilung Polens", der "Kampf um die Zukunft" und die "Auferstehung Polens". Die katholische Geistlichkeit war zahlreich erschienen und auch eine Vertretung der "Lehre des Christen" zum Schluß wurde das Lied "Noch ist Polen nicht verloren" angesungen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 13. Mai.

— Die polnischen Emigranten in England haben beschlossen, aus Anlaß des Besuchs des russischen Kaisers in London einen Aufruf an das englische Volk zu erlassen, in welchem sie die Stellung Russlands und Polens Europa und der Zivilisation gegenüber zu beleuchten und die Kränkungen, welche Polen von Russland erlitten, sowie die Gewaltthäufigkeiten, welche es den Rechten der Polen angelhan hat, aufzuzählen beabsichtigen. Diese Demonstration dürfte nur den negativen Erfolg haben, daß die Polen sich die letzten Sympathien bei John Bull verscherzen.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Berlin, 12. Mai. In einer kürzlich stattgehabten Sitzung des Aufsichtsraths der Deutschen Hypothekenbank hier selbst nahm der Aufsichtsrath den Bericht der Direktion über den Erfolg der jüngsten Emission der 5% Hypothekenbriefe und der bis ult. April c. überhaupt erzielten Geschäftsergebnisse entgegen. Die Hypothekenbriefe sind demnach anscheinend sowohl hier, als auch in der Provinz fast ausschließlich zu festen Kapitalanlagen genommen worden. Die Geschäftsergebnisse sind in jeder Beziehung zufriedenstellend und lassen ein gutes Schlussresultat erwarten.

** Preußische Oderwerbahn. Der Verwaltungsrath hat den schon gemeldeten Beschuß in Betreff der für die Orla-Gosener Bahn zu übernehmenden Zinsgarantie mit 8 gegen 4 Stimmen gefasst.

** Wien, 12. Mai. Nach dem in den heutigen Morgenzeitungen veröffentlichten Geschäftsbüchern der Staatsseidenbahn-Gesellschaft für 1873 betrugen die Betriebseinnahmen des Gesamtneuges 35,308,714 Fl., die Ausgaben 15,042,568 Fl. Der Neinertrag aus den Domänen bekräftigte sich auf 2,143,255 Fl., der gesamte Überschuß des alten Neuges auf 6,999,184 Fl., der Ausfall bei dem Ergänzungsneges betrug 602,204 Fl.

Die Bilanz der galizischen Karls-Ludwig-Eisenbahn ergab eine Gesamtneinnahme von 10,940,592 Fl., an Betriebsausgaben den Betrag von 4,667,415 Fl. Die Nettoeinnahme besteht somit in 6,273,177 Fl. Nach Abzug der fünfprozentigen Zinsen und der Tilgungsquote für die Aktien verbleiben daher 2,036,788 Fl. zur

Vermischtes.

Breslau. 12. Mai. Gestern feierte einer der verdienstvollsten Verwaltungsbürokraten Breslaus, der kaiserliche Oberpostdirektor, Geh. Postrat Albinus, welcher beinahe ein Vierteljahrhundert als Oberpostdirektor in Schlesien fungirt, das seltene Fest seiner 50jährigen Amtstätigkeit. Der Jubilar ist bereits als Oberpostdirektor in Oppeln und dann als solcher in Liegnitz thätig gewesen, bis er im Jahre 1872 mit der Verwaltung des breslauer Bezirks betraut wurde. Unter den zahlreichen eingetroffenen Festteilnehmern befand sich auch der Oberpostdirektor Schiessmann aus Posen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.

Angekommene Fremde vom 13. Mai.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Becker, Mielke, Matthes, Rosenthal a. Berlin, Bästion aus Paris, Neumeier a. Pforzheim, Eger a. Leipzig, Weinschenk a. Nürnberg, Kerner aus Stettin, Brunn a. Danzig, Jessen a. Leipzig, Resart a. Hamburg, Alexander a. Liegnitz, Groß a. Limbach, Müggers a. Rheingrauenstein, Rittergutsbesitzer Arroux a. Neuhausen, Ingenieur Matsche a. Berlin, Administrator Wendt und Fam. a. Pawlowo, Fabrikbesitzer Muth a. Mannheim.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Kaufleute Busch a. Dresden, Schulz a. Stettin, Dr. Cohn a. Breslau, Fürst, Hoppler, Ephraim a. Berlin, Kalsky, Aron a. Leipzig, Golderring a. Warsaw, Körner a. Schneeberg, Pitsche a. Frankfurt a. O., Stache aus Überhof, Eichhof a. Ruhrl., Fraenkel, Tries a. Berlin, Ritmeister v. Serin a. Ziegenhain, die Rittergutsbesitzer Höfer a. Schneidemühl, v. Gromadzinski a. Gonsaw, Frhr. v. Treskow a. Wierzowka, Graumann a. Ronin, v. Poncet a. Tomisl., Oberamtmann Sasse aus Neudorf.

HOTEL DE BERLIN. Gutsbesitzer Berbst a. Jerzykow, Frau Direktor Lebere und Tochter a. Tarnow, Administrator Wild aus Lüttich, Hotelier Szuchalski a. Tarnow, Viehleiter Egon aus Ostfriesland, Gymnasiast Krause a. Thorn, Rentier Dr. Hirsch aus Elbing, Fabrikbesitzer Settaast a. Berlin, die Kaufleute Duske, Kirstein a. Berlin, Nünne a. Wies, Wagner a. Elberfeld, Witschke a. Danzig, Verdt a. Mogilno, Landsberg a. Aachen, Rosenburg a. Grätz.

C. SCHARFFENBERG'S HOTEL. Die Kaufleute Bach, Schlam aus Berlin, Berger, Fetsch a. Doborn, Proskauer a. Breslau, Bahnhofsinspектор Biethol a. Oppeln, Baumeister Wipold a. Posen, Domänenpächter Pult und Gemahlin a. Trebisheim.

GRAETZ HOTEL ZUM DEUTSCHEN HAUSE vorm. KRUG'S. Gutsbesitzer Guttmann a. Trzemeszno, Pfarrer Neumann aus Obra, v. Til a. Haarlem, Bautechniker Tremmer a. Gr. Glogau, Partitular Radzimski a. Czerniewo, Baumeister Medlin und Frau aus Großen, Maschinenbauer Haberland a. Leipzig, die Kaufleute Sartori aus Stettin, Friedmann a. Breslau, Melchior a. Gorleben, Lewin a. Trzemeszno, Dittbach a. Neustadt, Hubert a. Sarnic, Kraus a. Prag, Henschel a. Dresden, die Fabrikbesitzer Weich, Triemer a. Peterswalde, Dr. Stanicki a. Horin, Geschäftsführer Neumann a. Breslau.

HOTEL DE PARIS. Beamter Pankau a. Chywo, Geometer Grunenberg a. Wreschen, Brauer Haridowski a. Miloslaw, Bäckermeister Klemm a. London, Dr. Wolfski a. Lemberg, Gutsbesitzer von

Topolski a. Strzelce, die Kaufleute Lausmann a. Landsberg, Bernstein, Sions, Lichtenhal a. Gnesen, Lehmann a. St. Francisko, Janowskij, Stanowski a. Miloslaw, Wroblewski a. Wreschen.

Bis 5 Uhr Nachmittags eingegangene Depeschen.

Wien. 13. Mai. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht die sogenannten Gesetze betreffend die äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche und die Beiträge zum Religionsfonds.

Graz. 13. Mai. Ämtliche Meldungen bestätigen, daß sämtliche Flüsse und Bäche Steiermarks ausgetreten sind und größere Bodenflächen überflutet haben; teilweise Einschließung des Bahnverkehrs wegen Beschädigung oder Gefährdung des Bahnbörsen.

Bukarest. 13. Mai. Heute Eröffnung der Eisenbahnverbindung Bassa-Ungari, welche den Anschluß an die rumänischen und russischen Bahnen herstellt.

Hochlegante Petroleum-Lampen

aus in- und ausländischen Fabriken, künstlerisch und praktisch gearbeitet, empfohlen in reichster Auswahl, ebenso Paternen.

Posen, Friedrichstr. 33.

H. Klug.

Heute Nachmittag 2½ Uhr starb uns unser geliebtes Söhnen Roman im Alter von 3½ Jahren nach kurzen doch schweren Leiden. Um alles Beileid bitten die liebesträumten Eltern.

Posen, den 12. Mai 1874

Hugo Schellenberg und Frau.

New York, den 10. Mai 1874.

(Per transatlantischen Telegraph.)

Das Post-Dampfschiff des Baltischen Lloyd „Washington“, Capt. C. Arnold, ist heute mit Passagieren und voller Ladung nach Stettin in See gegangen.

Swinemünde, den 11. April 1874.

Das Post-Dampfschiff des Baltischen Lloyd

„Ernst Moritz Arndt“, Capt. C. Helberg, ist heute Morgen 8 Uhr nach einer 14-tägigen Reise wohlbehalten von New York hier eingetroffen.

New York, den 11. Mai 1874.

(Per transatlantischen Telegraph.)

Das Post-Dampfschiff des Baltischen Lloyd „Franklin“, Capt. C. Dehnische, ist heute, nachdem dasselbe am 25. April Antwerpen verlassen hatte, wohlbehalten hier eingetroffen.

Börse zu Leipziger Börse.

(Schlußkurse).

Neuwort, den 12. Mai 1874. Goldagio 12½. ½ Bonds 1885 118.

Bis zum Schluss der Abend-Ausgabe ist die Berliner Börsen-Depesche nicht eingetroffen.

Berlin, den 13. Mai 1874. (Telegr. Agentur.)

Not. v. 12.

				Not. v. 12.
Weizen matt,		Ründig. für Roggen	1750	1700
Mai	89½	89½	10000	20000
Sept.-Okt.	80½	81	Bondsborser fest.	
Roggen flau,		Pr. Staatsschuldscheine	92½	92½
Mai	57½	58½	Post. neue 4% Pfandbr.	94½
Juli-August	56½	57	Bosener Rentenbriefe	98
Sept.-Okt.	55½	56½	Franzosen	191½
Rübbel matter,		190½	Lombarden	83
Mai-Juni	18½	18½	1860er Loose	82½
Sept.-Okt.	19½	19½	Italiener	96½
Okt.-Nov.	19½	20	Amerikaner	44½
Spiritus höher,		100	100	64½
loc.	23 14	23 10	Österreich. Kredit	129
				128½
				44
				44½
				66
				66½
				92½
				92½
Häfer,		63½	22 18	66½
			22 16	67
			Destfer. Silberrente	66½
				66½
				110
				109½

Stettin, den 13. Mai 1874. (Telegr. Agentur.)

Not. v. 12.

				Not. v. 12.
Weizen full,		Rübbel behauptet,		
Mai-Juni	86	86	Mai	17½
Juni-Juli	86	86	Juni-Juli	17½
Sepbr.-Okt.	79½	80	Herbst	18½
Roggen matt,		Spiritus besieg. loco	23½	23½
Mai-Juni	56	56½	Mai-Juli	23½
Juni-Juli	56	56½	Angst.-Sept.	23½
Sepbr.-Okt.	55½	55½	Petroleum, Herbst	4½

Börse zu Posen

am 13. Mai 1874.

Fonds. Posener 3½ proz. Pfandbriefe 97½ G., do 4 proz. neue do. 94½ G., do. Rentenbriefe 97½ G., do. Provinzial-Banknoten 110 G., do. 5 proz. Provinzial Obligat. 101½ G., do. 5 prozentige Kreis-Obligationen 101 G., do. 4 proz. Kreis-Obligationen 97½ G., do. 4 proz. Stadt-Obligationen 101 G., preuß. Staats-Schuldscheine 92½ G., preußische 4 proz. Staats-Anleihe 97½ G., 4½ proz. freiwill. do. 10½ G., do. 3 prozentige Prämien-Anleihe 123 G., Starogard-Posen-E.-St.-A. 101 G., Märk.-Posener Eisenb.-Stammaktien 42½ G., Russische Banknoten 92½ G., ausländische do. 99½ G., Oldenburgische Bank 73½ G., polnische 4 proz. Liquidationsbr. 67½ G., Ost. Produktenbank —, Obersch. Eisb. St.-Aktien Lit. A. 163 G.

[Amtlicher Bericht] **Roggen.** Gefündigt. Cr. Ründigungspreis 60½ per Mai 60½, Mai-Juni 60½, Juni-Juli 60½, Juli-August 57½, August-Sept. —, Herbst 55.

Spiritus (mit Fass). Gefündigt 20,000 Liter. Ründigungspreis 23½ per Mai 23½, Juni 23½, Juli 23½, August 23½, Sept. 23½.

[Privatericht] **Roggen.** Wetter: regnerisch. Roggen per Mai 60½, Mai-Juni 60½, Mai-Juli 60½, Juni-Juli 60½, B. u. G., Juli-August 57½, B. u. G., August-Sept. —, Herbst 56 G.

Ankunft der Eisenbahnen.

1. Januar 1874.

Kreuz - Posen.

Personenzug	Klasse 1-4	4 Uhr	54 Minuten	Morgens.
Gemischter Zug	2-4	7	43	Vorm.
Personenzug	1-3	3	54	Nachm.
Gemischter Zug	2-4	8	52	Abends.

Breslau - Posen.

Personenzug	(von Elisa)	Klasse 1-4	8 Uhr	39 Minuten	Vorm.
Personenzug		1-4	11	4	Vorm.
Personenzug		1-3	3	30	Nachm.
Personenzug		1-4	10	47	Abends.

Bromberg, Thorn - Posen.

Gemischter Zug	(von Gnesen)	Klasse 1-4	7 Uhr	29 Minuten	Vorm.
Personenzug		1-3	10	14	Vorm.
Personenzug		1-4	3	24	Nachm.
Personenzug		1-4	10	14	Abends.

Bromberg, Thorn - Posen.

Gemischter Zug	(von Gnesen)	Klasse 1-4	10 Uhr	9 Minuten	Vorm.
Personenzug		1-4	2	9	Nachm.
Personenzug		1-3	3	30	Nachm.
Personenzug		1-4	9	30	Abends.

Absfah